

Protokoll

über die Sitzung des **Schulausschusses** am Donnerstag, 21.09.2017, 18:00 Uhr, in der Grundschule Eilvese,
Osterfeldstraße 15, 31535 Neustadt, Stadtteil Eilvese

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Johannes-Jürgen Laub

Stellv. Vorsitzende/r

Herr Ferdinand Lühring

Mitglieder

Frau Ute Bertram-Kühn

Herr Günter Hahn

Herr Dominic Herbst

(Vertreter für Herrn Iseke)

Herr Heinz-Günter Jaster

(Vertreter für Frau Rozanska)

Herr Björn Niemeyer

Herr Stefan Porscha

Frau Heike Stünkel-Rabe

Schülervertreter/in

Herr Maximilian Matthias

Lehrervertreter/in

Herr Kai Eichmann

Frau Astrid Loth

Elternvertreter/in

Herr Toralf Ramm

Frau Gudrun Schwarz

Verwaltungsangehörige

Herr Lars Domdey

(Fachdienst Bildung, Protokoll)

Herr Bernd Knigge

(Fachdienstleiter Bildung)

Herr Maic Schillack

(Erster Stadtrat)

Herr Thomas Völkel

(Fachdienstleiter Immobilien)

Gäste

Frau Annette Prill

Büro Dees & Sommer

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr

Sitzungsende: 20:58 Uhr

Tagesordnung:

Vorlagen Nr.

- | | | |
|------|--|--------------------------------------|
| 1. | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung | |
| 2. | Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 21.02.2017 | |
| 3. | Berichte und Bekanntgaben | |
| 3.1. | Bericht zur Entwicklung der Haushaltsdaten per 30.04.2017 | 2017/151 |
| 3.2. | Elternumfrage zum Betreuungsbedarf - Ergebnisse | 2017/159 |
| 3.3. | Bekanntgaben der Verwaltung | |
| 4. | Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes | |
| 5. | Teilgebundene Ganztagsgrundschule Eilvese mit kooperierendem Hort | 2016/376/2 |
| 6. | Kooperativer Hort - Sachstandsbericht | |
| 7. | Schulzentrum Süd - Sachstandsbericht

Vortrag Büro Drees & Sommer | |
| 8. | Änderung der Schulbezirkssatzung

Vorlage wird nachgereicht. | 2017/224 |
| 9. | Anlage eines Schau- und Schulparks an der Kooperativen Gesamtschule (KGS) als einen Beitrag zum Projekt des AKS (Aktionsprogramm Klimaschutz) "Klimaschutz verwurzeln" | 2016/395/1
2016/395 |
| 10. | Anfragen | |

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Vorsitzende des Schulausschusses, Herr Laub, eröffnet die Sitzung um 18 Uhr, begrüßt die Zuschauer, Ausschussmitglieder und mit einem Dank für die Möglichkeit, in der GS Eilvese tagen zu können, die Leiterin der Schule, Frau Bremer. Er lobt das große Engagement aller Beteiligten zur Erstellung des tollen Konzepts und würdigt die Grundschulen als „Herz des dörflichen Lebens“. Im Hinblick auf den Tagesordnungspunkt „Schulzentrum Süd“ erklärt er, dass man hierbei Entscheidungen für die nächsten Jahrzehnte treffen müsse, es sollten so viele Fragen wie möglich gestellt werden, Denkverbote dürften nicht erteilt werden.

Anschließend erteilt er das Wort an Frau Bremer, die sich mit einem Grußwort an die Anwesenden richtet. Sie freue sich auf eine lebhafte und sachliche Diskussion, hoffe auf eine Beschlussfassung und fühle sich vom großen Interesse der Eilveser Einwohnerschaft gestärkt.

Herr Laub stellt sodann die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Er schlägt vor, die Tagesordnung zu ändern, um die Behandlung des Tagesordnungspunktes zur Grundschule Eilvese vorzuziehen und so dem Interesse der Zuschauer Rechnung zu tragen. Der bisherige 7. Tagesordnungspunkt, „Teilgebundene Ganztagsgrundschule Eilvese mit kooperierendem Hort“ soll TOP 5 werden, anschließend folgt in TOP 6 der Sachstandsbericht zum kooperativen Hort und als TOP 7 solle der Sachstandsbericht zum Schulzentrum Süd folgen. Nach der Beratung der TOPs 5 und 7 solle erneut eine Einwohnerfragestunde eröffnet werden.

Frau Bertram-Kühn schlägt vor, nach den TOPs keine Einwohnerfragestunde, sondern eine Sitzungsunterbrechung durchzuführen, was Herr Laub jedoch mit der Aussage beantwortet, dass die Sitzungsunterbrechung dann außerhalb des Protokolls stattfände.

Im Folgenden lässt Herr Laub über den Änderungsvorschlag abstimmen, der bei zwei Enthaltungen ohne Gegenstimmen angenommen wird.

2. Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 21.02.2017

Der Schulausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Das Protokoll über den öffentlichen Teil der Sitzung am 21.02.2017 wird bei zwei Enthaltungen genehmigt.

3. Berichte und Bekanntgaben

3.1. Bericht zur Entwicklung der Haushaltsdaten per 30.04.2017

2017/151

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

3.2. Elternumfrage zum Betreuungsbedarf - Ergebnisse

2017/159

Herr Schillack berichtet von den Ergebnissen der Elternbefragung und führt aus, dass der Bedarf an Nachmittagsbetreuung da sei und nachgefragt werde. Es gebe Stadtteile, in

denen sehr großer Bedarf bestünde und Stadtteile, in denen die Nachfrage eher gering sei.

3.3. Bekanntgaben der Verwaltung

Herr Schillack berichtet, dass das neue Hallenbad „balneon“ nicht wie erwartet eröffnet werden könne. Es soll zunächst ein Probetrieb mit Schulen und Vereinen gestartet werden, die Lehrer werden zunächst zur Besichtigung des neuen Bades eingeladen.

Herr Domdey verliest die folgenden Mitteilungen der Landesschulbehörde:

- die Genehmigung der Festlegung der Michael Ende Schule bzw. der Grundschule Stockhausenstraße als Schwerpunktschule für körperliche und motorische Entwicklung bzw. für geistige Entwicklung wird bis zum 31.07.2024 verlängert,
- auf die Stelle der didaktischen Leitung an der KGS hat sich eine Lehrkraft beworben,
- auf die Stelle der Schulleitung in Bordenau hat sich eine Lehrkraft aus Langenhagen beworben,
- Frau Lehrerin Claudia Schneider wurde das Amt der Rektorin der Grundschule Mariensee übertragen,
- Frau Lehrerin Beate Kahle wurde mit der kommissarischen Wahrnehmung der Schulleitung der Grundschule Waldschule Schneeren beauftragt,
- Herrn Rainer Gieraths wurde der Dienstposten des Realschulrektors an der Leine-Schule übertragen.

4. Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes

Herr Laub eröffnet die Einwohnerfragestunde, weist darauf hin, dass die themenspezifischen Fragen zu Eilvese und zum Schulzentrum Süd jedoch auch nach dem jeweiligen Tagesordnungspunkt gestellt werden können und bittet darum, die Fragestunde tatsächlich als Fragestunde zu nutzen.

Herr Axel Reinhardt fragt, ob der Schulausschuss zum Tagesordnungspunkt „Ganztagsgrundschule Eilvese“ keine Entscheidung treffen könne oder wolle.

Herr Lühring bringt zum Ausdruck, dass der Entscheidungsprozess nicht ins Stocken geraten solle, man aber aufgrund der zu erwartenden Kosten noch Beratungsbedarf habe, so dass man vorschlagen werde, zu beschließen, dass der Tagesordnungspunkt als behandelt gelten solle.

Herr Laub ergänzt, dass die Beschlussfassung im nächsten Tagesordnungspunkt erfolgen werde.

Herr Niemeyer merkt an, dass der Schulausschuss lediglich beratende Funktion habe und die Vorlage noch durch Verwaltungsausschuss und Rat behandelt werden müsse, die endgültige Entscheidung treffe der Rat.

Frau Hoffmeyer fragt Herrn Schillack, was er mit dem Begriff „heile Welt“ meine.

Herr Schillack entschuldigt sich für diese Wortwahl und führt aus, dass er lediglich die Formulierung „heile Welt“ gewählt habe, um auszudrücken, dass in der Vergangenheit oftmals Möglichkeiten zur Betreuung im familiären bzw. dörflichen Umfeld gefunden werden konnten, was mittlerweile nicht mehr sicherzustellen sei. Es dürfte sich daher vielmehr um die „alte“ und die „neue“ Welt handeln.

5. Teilgebundene Ganztagsgrundschule Eilvese mit kooperierendem Hort

2016/376/2

Herr Schillack erläutert kurz den bisher stattgefundenen Prozess, bislang seien Zahlen, Daten und Fakten zur Einführung des teilgebundenen Ganztags gesammelt worden. Das Architekturbüro mosaik habe kostenlos eine Planung für die Grundschule erstellt, bei der

Realisierung sind jedoch auch die finanziellen Aspekte zu beachten. Er begrüßt und lobt Engagement und Interesse der Dorfgemeinschaft.

Herr Laub versichert, dass das Thema definitiv behandelt und die Beratungsreihenfolge eingehalten werde.

Herr Porscha lobt ebenfalls ausdrücklich das Engagement der Schulleitung und der Eltern und stellt heraus, dass man ein tolles und schlüssiges Konzept erarbeitet habe. Er erinnert daran, dass es vor Jahren in Schneeren ähnliche Bestrebungen gegeben habe, die leider jedoch negativ beschieden wurden. Dennoch wisse er aus dieser Erfahrung, wie viel Arbeit mit der Erstellung des Konzepts verbunden sei. Eine Zustimmung würde den Standort attraktiv halten und ihn langfristig sichern, allerdings kämen hierdurch Investitionen auf die Stadt zu. Man müsse dennoch ermitteln, ob die Kosten noch angepasst bzw. reduziert werden könnten. Er signalisiert seine Zustimmung, die Vorlage als behandelt zu beschließen. Er kritisiert das „Damoklesschwert“, das infolge des Beschlusses von November 2014 seither über den kleinen Grundschulen schwebt und merkt an, dass die CDU niemals die 60-Schüler-Grenze für Schulstandorte gewollt habe. Dementsprechend solle dieser Beschluss aufgehoben werden. Er sei überzeugt, dass Herr Schillack dies anders sehe.

Herr Schillack entgegnet, dass er die Ausführungen als spannend empfinde, die Kosten reduzieren zu wollen und gleichzeitig am gefassten Ratsbeschluss zu rütteln. Er erinnert an die problematische Verpflichtung zur Inklusion bis 2024 und fragt Herrn Völkel, an welchen Stellschrauben man drehen könnte, um Kosten zu reduzieren.

Herr Völkel führt aus, dass das Schulgebäude noch im Zustand seiner Errichtung aus den 60er-Jahren befindlich sei. Er empfiehlt eine Anpassung an die Standards nach der Energie-Einspar-Verordnung (EnEV) und stellt fest, dass man seiner Meinung nach ein Gebäude nach 40 bis 50 Jahren auf heutige Standards renovieren müsse. Sanierungsbedürftig sei auch die Turnhalle, auch diese müsse grundlegend angefasst werden. Einsparungen seien da schwierig. Er verweist auf die der Stadt obliegende Betreiberverantwortung.

Herr Laub äußert die Ansicht, dass die Verwaltung den Standort schlechtrechnen würde, um so eine Schließung zu erreichen.

Herr Herbst erklärt, dass er es als Unding empfinde, den Posten des Vorsitzenden für derartige Vorwürfe zu benutzen.

Herr Schillack gibt zu bedenken, dass man sich nicht auf einem „Bildungsbasar“ befände. Es müsse eine vernünftige und langfristige Lösung erreicht werden. Er stellt sich ausdrücklich vor die Verwaltungsmitarbeiter und betont explizit, dass keineswegs „schlechtgerechnet“ worden sei.

Herr Laub kritisiert, dass der Auftrag des Rates nicht auf die Sanierung, sondern auf die Ermittlung der Kosten für den Ganztagsbetrieb abgezielt habe. Hierbei handele es sich seiner Meinung nach um „zwei verschiedene Paar Schuhe“.

Herr Lühring lobt das Engagement der Eltern und der Schule. Die Finanzierung sei sehr eingehend und gut dargestellt. Kurzfristig seien Investitionen notwendig, die Energie-Einspar-Verordnung zu erfüllen sei hingegen nicht sofort notwendig. Fraglich sei aus seiner Sicht die Bewältigung der Kosten. Er plädiert dafür, den Beschluss zu fassen, die Vorlage als behandelt zu betrachten und bittet darum, den Wahlkampf außen vor zu lassen.

Herr Hahn pflichtet der Meinung von Herrn Herbst bei, dass die Vorwürfe an die Verwaltung ein Unding seien. In der Sache werde er sich enthalten, da er hinsichtlich der Kosten noch Beratungsbedarf sehe.

Herr Laub betont, dass er als Vorsitzender des Schulausschusses auf getroffene Ratsbeschlüsse hinweisen dürfen müsse.

Frau Bertram-Kühn berichtet von ihren Erfahrungen aus dem „Kampf“ um den Schul-

standort Helstorf, sie wisse daher um die Emotionalität der Thematik. Allerdings sehe auch sie noch Beratungsbedarf hinsichtlich der Kosten, so dass sie sich ebenfalls enthalten werde. Sie vertritt auch die Auffassung, dass der Ratsbeschluss aus dem Jahr 2014 aufgehoben werden müsse.

Herr Herbst sieht die Arbeit und das Engagement von Schule und Elternschaft ebenfalls sehr positiv. Kritisch erinnert er jedoch an den Ratsbeschluss aus dem Jahr 2014, dem seine Partei sich nach wie vor verpflichtet fühle und zu dem sie stehe. Er begründet dies unter anderem mit der Tatsache, dass Schulleitungsstellen an kleinen Standorten, beispielsweise in Schneeren, nicht besetzt werden könnten. Eine Investition in den Standort in Eilvese wäre aus diesen Gründen kontraproduktiv, da die Schule von den prognostizierten Schülerzahlen ausgehend, geschlossen werde. Er greift die Äußerung von Herrn Lühring auf, den Wahlkampf aus der Diskussion herauszuhalten, fragt aber rhetorisch, warum die SPD dann eine Rolle rückwärts vollziehe. Sicherlich, so führt er weiter aus, sei seine Auffassung unpopulär, aber dennoch sei es fair und ehrlich den Eilvesern gegenüber, hier für diese Überzeugung einzutreten.

Herr Schillack fügt an, dass die Grundschule Eilvese als teilgebundene Ganztagschule innerhalb des Stadtgebietes frei anwählbar wäre, so dass Schüler aus anderen Schulbezirken den Standort besuchen könnten und die Schülerzahl so erhöht würde.

Herr Niemeyer warnt davor, unbegründete Ängste zu schüren. Bis zum Jahr 2021 werde keine Schule geschlossen, was in der nachfolgenden Legislaturperiode geschehe, sei nicht vorherzusehen. Die weitere Beratung über die Kosten obliege dem Verwaltungsausschuss, die endgültige Entscheidung träfe der Rat. Seiner Meinung nach könnten die Kosten noch reduziert werden. Er freue sich über die positive Entwicklung der Schülerzahlen und verstehe den Wunsch der Elternschaft im Ort, so dass die Politik in diesem Sinne entscheiden solle.

Frau Loth stimmt den Ausführungen ihres Vorredners zu und äußert Verständnis dafür, dass die Finanzen immer eine Rolle spielen würden. Dennoch sei zu beobachten, dass die Ganztagsbestrebungen kontinuierlich zunähmen und die Schule in Eilvese sich bereits auf den Weg gemacht habe. Man solle hierbei die inhaltlich gute Arbeit unterstützen und nicht alles reduziert auf Finanzen betrachten.

Herr Laub erteilt Frau Schlicker, der Ortsbürgermeisterin der Ortschaft Eilvese, das Wort. Diese begrüßt die Anwesenden und erklärt, dass die Schullandschaft sich derzeit in einem Wandel befände. Die Landflucht sei vorbei und man müsse die Infrastruktur trotz anderslautender Beschlüsse an die veränderten Gegebenheiten anpassen. Langfristig, so sei sie überzeugt, würden alle Schulen zu Ganztagschulen werden. Sie berichtet von der intakten Dorfgemeinschaft und von neugeborenen Kindern, die den Schulstandort stärken würden. Sie äußert ihre Zuversicht, durch konstanten Zuzug immer über der Mindestzahl von 60 Schülern zu liegen. Die breite Unterstützung im Ort und die Nachhaltigkeit des Vorhabens solle hierbei auch eine Rolle spielen, damit dem Lehrer- und Elternwillen Rechnung getragen werde.

Herr Hahn bedankt sich für die emotionalen Ausführungen, befürchtet aber negative Auswirkungen auf andere Standorte, die dann ihrerseits gegebenenfalls unter die Mindestschülerzahl fallen könnten.

Herr Lühring merkt an, dass Zeiten sich ändern und Bedarfe damit auch. Er bevorzuge viele kleine Schulen anstelle einer großen Schule, auch im Hinblick auf die Bildung sozialer Brennpunkte. Kurze Wege sollten aufrecht erhalten werden, man müsse nicht nur nach Zahlen gehen, sondern auch Einzelfallentscheidungen treffen.

Herr Laub gibt den Ausblick, dass bis 2021 keine Schule geschlossen werde, eventuell sogar darüber hinaus. Er lässt im Anschluss über den gleichlautenden Antrag der Herren Porscha und Lühring abstimmen, die Vorlage als behandelt zu erklären.

Der Schulausschuss fasst bei zwei Enthaltungen und zwölf Ja-Stimmen den Beschluss,

dem Antrag zu entsprechen und die Vorlage als behandelt zu erklären.

- - -

Anschließend eröffnet Herr Laub wie eingangs beschlossen erneut die Einwohnerfragestunde.

Herr Duensing fragt, ob der Wille des Schulausschusses protokolliert wird, den Antrag der Grundschule Eilvese zu unterstützen, was Herr Laub bejaht.

Frau Bremer fragt, ob berücksichtigt werde, dass das angedachte Modell pädagogisch und ökologisch sei und die vorhandene Immobilie gut ausgenutzt würde. Weiterhin möchte sie wissen, ob auch berücksichtigt werde, dass durch einen möglichen Umzug des Hortes ebenfalls Kosten entstünden. Sie fragt sich, ob nachvollziehbar sei, dass die Schule nach einem Dreivierteljahr Vorlauf endlich loslegen möchte und hofft, dass die noch offenen Fragen bis zur Ratssitzung geklärt würden.

Herr Schillack entgegnet, dass Kooperationsprojekte zwischen Hort und Schule zukunftsweisend seien. Grundsätzlich ist jedoch das Modellprojekt „Kooperativer Hort“ optimal, da dort das Kindertagesstättengesetz (KitaG) keine Anwendung findet und Hort- und Schulkinder folglich auch die gleichen Räume nutzen können, schließlich handelt es sich in der Regel um exakt dieselben Kinder.

Frau Hoffmeyer fragt, ob bei steigenden Schülerzahlen nicht ohnehin Sanierungskosten entstünden – oder ob man lieber warte, bis die Fassade bröckelt.

Herr Schillack antwortet, dass man für den Ausbau zur Ganztagschule ohnehin rund 700.000,- € in das Gebäude stecken müsse. Wenn der Beschluss käme, die Sanierung „in einem Rutsch“ mit dem Ausbau zusammen durchzuführen, würde die Verwaltung dies ausführen.

Frau Meybohm fragt, ob es notwendig sei, das Gebäude an den EnEV-Standard 2016 anzupassen, worauf Herr Völkel antwortet, dass man als Eigentümer und öffentliche Hand zur Einhaltung dieser Energiestandards verpflichtet sei.

Frau Bitterling-Neumann erkundigt sich nach den Kosten für Sanierung und Hort, wenn der Ganztagsbetrieb nicht aufgenommen werden sollte.

Herr Völkel erklärt, dass die reinen Ausbaurkosten für den Ganztagsbetrieb auf ca. 700.000,- € geschätzt sind, eine Sanierung würde rund 800.000,- € zusätzlich kosten. Sofern die Schule bestehen bleiben soll, würde er dem Rat vorschlagen, die Sanierung in Angriff zu nehmen.

Frau Pinne fragt die Politiker, mit welchen konkreten Maßnahmen die Stadt dem steigenden Bedarf nach Ganztagsbetreuung Rechnung tragen wolle. Herr Laub antwortet, dass das Modellprojekt „Kooperativer Hort“ für die Grundschulen Mandelsloh/Helstorf und Michael Ende Schule über drei Jahre laufen werde, wovon man sich viele Erkenntnisse erhofft und woraus man Schlüsse für andere Schulen ziehen könnte.

Herr Porscha erklärt, dass die Politik sich auf den Weg gemacht habe, dennoch müssen die Strukturen selbstständig wachsen, es wäre nicht erfolgversprechend, einer Schule etwas überzustülpen.

Frau Biermann möchte wissen, was für Kosten für den Hort ohne den Ganztagsbetrieb bestehen. Herr Schillack antwortet hierauf, dass derzeit eine gültige Betriebserlaubnis für den Hort in der Schule bestehe und somit kein Änderungsbedarf bestehe.

Herr Herbst merkt zu den Kosten an, dass man sich intensiv mit der Grundschullandschaft beschäftigt habe (Beispiel Grundschulforum). Er vertritt die Meinung, dass die Waldschule Schneeren ein großes Problem bekomme, wenn Eilvese in den Ganztagsbetrieb wech-

selt. Er fragt, ob es nicht sinnvoller sei, zu überlegen, wo langfristig investiert werden solle.

Herr Schillack erklärt, dass Bildung Schwerpunkt des städtischen Handelns sei und dies auch bleibe. Er führt aus, dass in den nächsten Jahren 45 bis 50 Millionen Euro im Bildungsbereich investiert würden.

Frau Koch fragt, wie es sein könne, dass die Mindestschülerzahl unterschritten würde, wenn gleichzeitig Anträge zur Beschulung an der Grundschule Eilvese abgelehnt würden. Herr Knigge erläutert detailliert die rechtlichen Möglichkeiten zur Beschulung an einer anderen als der für den Wohnort zuständigen Schule und weist darauf hin, dass hier sicherlich der Einzelfall geprüft werden müsse.

Frau Bremer zeigt sich überzeugt, dass die Waldschule Schneeren zukunftsfähig aufgestellt sei und macht sich hier keinerlei Sorgen. Sie fragt, warum nach dem Antrag, der von November 2016 datiert, immer noch Fragen offen sind und ob diese Fragen bis zum Ratsbeschluss geklärt werden könnten.

Herr Laub versichert, dass die Beratungsfolge in jedem Fall eingehalten werden solle und erklärt den Ablauf der Beratungen. Aktuell bestehe in den Fraktionen noch Beratungsbedarf, so dass man derzeit noch nicht entscheidungsfähig sei. Mit dem Verlauf der heutigen Sitzung werde man jedoch in die Fraktionen gehen und dort berichten.

Auf die Nachfrage von Herrn Duensing, mit welchen Schülerzahlen man in den Verwaltungsausschuss gehen wolle, erklärt Frau Schlicker die neuesten, ihr vorliegenden Zahlen mitnehmen zu wollen.

Frau Bertram-Kühn hinterfragt, wann der Ratsbeschluss von November 2014 ausgesetzt worden sei, woraufhin Herr Laub darlegt, dass dieser nicht formal ausgesetzt wurde, sondern lediglich aktuell keine Anwendung fände.

Herr Schillack hakt hier ein und erklärt, dass die Verwaltung natürlich an den Beschluss gebunden sei und bei Unterschreiten der Schülerzahl einen entsprechenden Vorschlag an die Politik richten müsste. Nichtsdestotrotz muss eine Schulschließung natürlich durch den Rat beschlossen werden. Herr Niemeyer fügt an, dass etwaige Schließungsvorschläge gemäß einer Vereinbarung zwischen CDU und SPD abgelehnt würden.

6. Kooperativer Hort - Sachstandsbericht

Herr Schillack berichtet von den geplanten Informationsveranstaltungen zum Thema „Kooperativer Hort“ am 27.09. für die Grundschule Mandelsloh/Helstorf in der Sporthalle Mandelsloh und am 17.10. für die Michael Ende Schule in der Aula des Gymnasiums. Es wird die Möglichkeit geben, an mindestens zwei, jedoch maximal drei Tagen das Ganztagsangebot in Anspruch zu nehmen. Für die darüber hinausgehende Betreuung ist der Hort zuständig. Im Bereich der Grundschule Mandelsloh/Helstorf wird nur am Standort in Mandelsloh die bisherige Schulform der verlässlichen Grundschule angeboten.

Infolge dessen sollen die beiden Schulbezirke Mandelsloh und Helstorf zu einem gemeinsamen Schulbezirk fusionieren, da es sonst zu Problemen im Bereich der Schülerbeförderung kommen könne. Inwieweit die Region Hannover hier als Träger der Schülerbeförderung mit Taxen arbeiten werde, bleibt abzuwarten.

7. Schulzentrum Süd – Sachstandsbericht - Vortrag Büro Drees & Sommer

Herr Laub bittet Frau Prill vom Architektenbüro Drees & Sommer, die Präsentation über den aktuellen Sachstand vorzutragen. Die Präsentation werde diesem Protokoll als Anlage beigelegt.

Herr Schillack stellt die Kosten für Sanierung (ca. 12,8 Mio. €) den geschätzten Neubau-

kosten (ca. 21,2 Mio. €) gegenüber und erklärt, dass im Sanierungskonzept nur im Bestand gearbeitet werde und nur der klassische Baukörper aufgenommen werde. Die Zukunftsfähigkeit ist insofern kritisch zu betrachten.

Herr Knigge berichtet von den mit der Schule und dem Schulbauplaner vereinbarten Terminen mit Lehrkräften am 13.11. und mit Elternvertretern am 14.11.

Frau Prill führt weiter aus, dass eine Sanierung immer günstiger als ein Neubau sei, das noch zu erstellende Schadstoffkonzept allerdings zu weiteren Kosten führen könne.

Herr Lühring möchte wissen, wie man sich eine Sanierung hinsichtlich der zu erwartenden Geräuschemissionen im laufenden Betrieb vorstellen müsse.

Frau Prill erklärt, dass dies von den konkreten Maßnahmen und den zu erstellenden Bauabschnitten abhängig, zweifelsfrei aber machbar sei.

Herr Ramm regt an, einen Neubau in Betracht zu ziehen und fragt nach einem möglichen Standort. In der folgenden Diskussion wird erklärt, dass durch den Hallenbad-Neubau freie Flächen entstünden, allerdings müsse man, so führt Frau Prill aus, für konkretere Aussagen einen Masterplan erarbeiten und herausfinden, welche Lösung letztlich die für die Stadt wirtschaftlichste wäre. Ein konkreter Zeitplan könne ebenfalls noch nicht erstellt werden, da es hierzu noch zu viele Unbekannte, zum Beispiel die Bedarfe der Nutzer, gebe.

Herr Laub erkundigt sich nach einem möglichen zeitlichen Vorteil im Falle eines Neubaus an einem anderen Standort.

Herr Schillack gibt zu bedenken, dass hierbei auch Flächennutzungs- und Bebauungspläne zu ändern wären, was ebenfalls einen Zeitfaktor darstelle.

Herr Eichmann erinnert daran, dass es bei der Diskussion um Kinder gehe und man in jedem Fall die pädagogischen Aspekte beachten müsse. Herr Ramm ergänzt, dass eine Sanierung bzw. ein Neubau am vorhandenen Standort das Gymnasium für Lehrer, Eltern und Schüler zunächst unattraktiv machen würde. Ein Neubau an einem anderen Ort würde diese Problematik vermeiden.

Frau Bertram-Kühn entkräftet diese Aussage, da bereits mehrfach an Gymnasium und Leine-Schule angebaut und die Schulen dennoch angewählt wurden.

Herr Schillack gibt zu bedenken, dass auch die KGS zusätzlichen Raumbedarf durch die Rückkehr zu G9 (Abitur nach 13 Jahren) habe.

Frau Prill führt weiter aus, dass die Bedarfe in beiden Varianten (Sanierung/Neubau) gedacht werden müssten. Die zukünftige Schulstrategie werde allerdings vom Architektenbüro Pohlmann erarbeitet. Hierzu zähle auch der Masterplan, der strukturelle Lösungen aufzeigen soll.

Herr Lühring möchte wissen, wann hier mit einer Entscheidungsgrundlage für die Politik zu rechnen sei.

Herr Knigge erklärt, dass die Ergebnisse der beteiligten Architekturbüros zunächst zusammengeführt werden müssten. Herr Schillack äußert die Hoffnung, vor der Sommerpause 2018 genug Informationen vorlegen zu können. Herr Knigge erläutert, dass mit der Planung für die Sporthalle standortunabhängig schon begonnen werde.

Im Anschluss eröffnet Herr Laub erneut eine Einwohner-Fragestunde zur Thematik.

Herr Duensing möchte wissen, inwieweit die Schadstoffbelastung berücksichtigt und ob

Kosten für Rückbau und Sanierung von Estrich einbezogen worden seien. Er erkundigt sich auch, ob bereits eine Untersuchung der Bauteile in Sachen Schall stattgefunden habe.

Frau Prill antwortet, dass die Hochbaukosten beziffert seien, ebenso die Bodenbeläge. Eine etwaige Belastung durch Asbest sei jedoch nicht eingepreist. Eine schalltechnische Untersuchung habe noch nicht stattgefunden, allerdings hätte man mögliche Beeinträchtigungen bereits im Vorfeld feststellen können.

Herr Schillack merkt hierzu an, dass in jedem Fall Akustikmaßnahmen erfolgen müssen, um der Inklusion Rechnung zu tragen. Auf Nachfrage ergänzt er, dass es sich bei den geschätzten Kosten nur um die Kosten für Sanierung oder Neubau des Bestandes handelt. Der zusätzliche Raumbedarf sei hier noch nicht abgebildet.

Herr Sell fragt, ob berücksichtigt wurde, dass man sich auch über den Außenbereich Gedanken machen müsse. Gleichzeitig erkundigt er sich, ob an die „Mitspieler“ wie Theater und Artothek gedacht wurde, um zukünftig weiterhin kultureller Mittelpunkt sein zu können, was Herr Schillack bejaht.

Herr Schillack legt weiterhin dar, dass die Sporthalle derzeit in der Konzeptionierung befindlich sei, die konkrete Planung werde dann in den Sommerferien abgeschlossen, so dass mit einem Umsetzungsbeginn ab ca. Herbst 2018 zu rechnen sei.

Herr Ramm bittet darum, dass die Politik sich zu 100% an dem orientieren solle, was Schule, Eltern und Kinder wollen. Frau Schwarz ergänzt, dass alle Beteiligten und alle Prozesse eng miteinander vernetzt werden müssten.

8. **Änderung der Schulbezirkssatzung**

2017/224

Der Schulausschuss der Stadt Neustadt a. Rbge. fasst einstimmig folgenden empfehlenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. beschließt die als **Anlage 1** beigefügte 1. Änderung der Satzung über die Festlegung der Schulbezirke für den Primarbereich der Schulen in der Trägerschaft der Stadt Neustadt a. Rbge. (Schulbezirkssatzung). Eine Ausfertigung dieser wird zum Bestandteil des Protokolls erklärt.

9. **Anlage eines Schau- und Schulparks an der Kooperativen Gesamtschule (KGS) als einen Beitrag zum Projekt des AKS (Aktionsprogramm Klimaschutz) "Klimaschutz verwurzeln"**

2016/395
2016/395/1

Der Schulausschuss der Stadt Neustadt a. Rbge. fasst einstimmig folgenden empfehlenden

Beschluss:

1. Für die Anlage eines Schau- und Schulparks an der Kooperativen Gesamtschule (KGS) wird der im Lageplan (Anlage 1 zur Beschlussvorlage 2016/395) dargestellte Grundstücksteil zwischen Freiluftsporthalle und Leinstraße bereitgestellt.
2. Der Umsetzung der Planungsidee für den Schau- und Schulpark (Anlage 2 zur Beschlussvorlage 2016/395) an der KGS wird zugestimmt. Sie stellt einen Beitrag zum Projekt des AKS (Aktionsprogramm Klimaschutz) „Klimaschutz verwurzeln“ dar.

10. **Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Herr Laub die Sitzung um 20:58 Uhr.

Ausschussvorsitzender

Bürgermeister

Protokollführer

Neustadt a. Rbge., 23.10.2017